

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08  
Telefon: (022 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

34. Jahrgang / 171

6. September 1979

Fred Zander MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesfamilienminister, zum durchsichtigen CDU/CSU-Doppel- und Verwirrspiel in der Familienpolitik: Warum schweigt Franz Josef Strauß?

Seite 1/2

Hans Urbaniak MdB setzt sich für weiteren Kampf gegen die Aussperrung ein: Mit allen politischen und rechtlichen Mitteln.

Seite 3

Kurt Hamer MdL, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Kiel, sieht in dem Plan der Landes-CDU, das Wahlrecht zu ändern, eine Bankrotterklärung.

Seite 4

Heinz Westphal MdB erläutert das finanzpolitische Konzept der SPD-Bundestagsfraktion für die verbleibende Legislaturperiode: Nach nüchterner Beratung.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (022 21) 8 12-1

Warum schweigt Franz Josef Strauß?

-----  
Durchsichtiges CDU/CSU-Doppel- und Verwirrspiel in der Familienpolitik

Von Fred Zander MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit

Familienpolitik ist zu einem zentralen politischen Thema geworden. Das war nicht immer so, und daß es jetzt anders zu sein scheint, ist durchaus zu begrüßen. So wie es aussieht, wird die Familienpolitik eine wichtige Rolle im kommenden Bundestagswahlkampf und auch schon bei den davor liegenden Landtagswahlkämpfen spielen. Wir brauchen diese Auseinandersetzung nicht zu scheuen. Im Gegenteil: Nutzen wir die damit verbundene Chance unsere Politik darzustellen und zu zeigen, daß die Union anstelle von Familienpolitik nur ideologische Kreuzzüge ohne ein Minimum an Sachlichkeit, Ehrlichkeit und Fairness zu bieten hat.

Dafür gibt es viele Beispiele: Wider besseres Wissen benutzt die Opposition bis auf den heutigen Tag aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus dem 2. Familienbericht von 1975, um die Familienpolitik der Bundesregierung ins Zwielficht zu setzen. Sie weiß natürlich genau, (denn sie hat es ja selbst im Bundestag mitbeschlossen), daß dieser Bericht nicht von der Bundesregierung, sondern von einer unabhängigen Kommission erstellt wurde und die Bundesregierung in ihrer Stellungnahme zum Bericht ihre in vielen Punkten nicht mit der Meinung der Berichtskommission übereinstimmende Auffassung von Familienpolitik beschrieben hat.

Inzwischen ist der 3. Familienbericht erschienen. Er ist konservativer geraten und scheint in einigen Punkten - den Vorstellungen der CDU/CSU näher zu kommen als denen der sozial-liberalen Koalition. Und flugs wird die Argumentation auf den Kopf gestellt: Jetzt wird die Unabhängigkeit der

Kommission unterstrichen, um ihre Aussagen zur Bestätigung der eigenen Politik umdeuten zu können.

Ein beredtes Beispiel für die Doppelzügigkeit - man könnte auch sagen Hochstapelei - der Oppositionsstrategie ist auch der CDU-Vorschlag zur Einführung eines "Familiengeldes" oder "Erziehungsgeldes". Immer wieder hantieren Sozial- und Familienpolitiker der CDU auf öffentlichen Veranstaltungen mit diesem Begriff und tun so, als handele es sich um eine brandaktuelle Forderung der Opposition. Gefordert wird die stufenweise Einführung eines Familiengeldes von im Regelfall 400 DM, in Ausnahmefällen bis zu 840 DM monatlich für alle Eltern zunächst während der ersten 1 1/2 Lebensjahre des Kindes, in weiteren Stufen bis zum Alter von drei Jahren. Die Kosten werden in der ersten Stufe von der CDU/CSU selbst mit etwa drei bis vier Milliarden DM jährlich beziffert. Diese enormen Kosten waren - und das verschweigen die pfiffigen CDU-Familienpolitiker gerne - seinerzeit der Grund für ein energisches Veto des CSU-Chefs Franz Josef Strauß.

Offenbar halten manche CDU-Politiker die Öffentlichkeit für dumm und vergeßlich, wenn sie trotz dieses Sachverhaltes noch heute durch die Lande ziehen und den staunenden Zuhörern weiß zu machen versuchen, das Familiengeld werde eingeführt, wenn nur die CDU/CSU 1980 an die Regierung komme. Solche Tricks haben mit seriöser Familienpolitik nichts zu tun. Für Sozialdemokraten war und ist die Familie ein wichtiges Feld einer sozial orientierten Politik. Wir sind der Überzeugung, daß der Staat nicht das Recht hat und nicht die Absicht verfolgen darf, in die Familien hineinzuregieren. Es gibt genug Beispiele dafür, daß Regierungen so etwas versucht haben - das wissen wir aus unserer jüngsten Geschichte. So lange ist es noch nicht her und viele Bürger können sich noch aus eigenem Erleben daran erinnern, daß man von Müttern verlangte, "dem Führer ein Kind zu schenken". So etwas darf nie wieder kommen.

Ich finde es unglaublich, wenn Franz Josef Strauß bei der Diskussion über die eventuelle Heranziehung der Frauen in die Bundeswehr sagt: "Es wäre besser, durch eine moralisch und materiell aktive Familienpolitik für eine ausreichende Bevölkerungslage zu sorgen." Das riecht doch nach "Kanonenfutter". Wir sind der festen Überzeugung, daß Eltern ein Kind aus freier Entscheidung und Verantwortung bekommen sollen. Wir machen keine Politik, um Bevölkerungsziffern zu manipulieren.

Was der Staat allerdings nicht nur tun darf, sondern was er auch tun muß, daß ist dies: Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so weiter zu entwickeln, daß der Wunsch, Kinder zu haben nicht durch übergroße Probleme, materielle Sorgen und Schwierigkeiten im Lebensumfeld der Familie behindert wird. Das ist - auf einen kurzen Nenner gebracht - sozialdemokratische Familienpolitik. Sie hat bisher schon viele Verbesserungen erreicht. Nie zuvor ist das Kindergeld so oft und so gezielt angehoben worden, wie seit 1975. Es muß auch künftig von Zeit zu Zeit angehoben werden, aber das kann doch nur im Einklang mit den finanziellen Möglichkeiten des Staates geschehen.

Das durchsichtige Doppel- und Verwirrspiel des Präsentierens nicht finanzierbarer Forderungen und deren Rücknahme aus staats- und finanzpolitischem "Verantwortungsbewußtsein" durch die Unionspolitiker kann man nicht ernst nehmen. Rückführung der Staatsverschuldung, Senkung der Steuern und Milliarden-Versprechungen: Das alles zusammen und zugleich angeboten, ist einfach unseriös und unglaubwürdig. Hat Franz Josef Strauß in Kreuth nicht laut getönt, so etwas würden er und die CSU nicht mitmachen? Warum schweigt dann der Kanzlerkandidat der CDU/CSU, wenn jetzt wieder seine Hilfstruppen leere Versprechungen machen. Warum schweigt Franz Josef Strauß heute? (-/6.9.1979/ks/ca)

+ + +



## Weiter gegen Aussperrung

Kampf mit allen politischen und rechtlichen Mitteln

Von Hans Urbaniak MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Das Arbeitsgericht Hagen hat ein merk- und denkwürdiges Urteil gesprochen. Während des Stahlarbeiterstreiks im vergangenen Winter sei die IG-Metall nicht berechtigt gewesen, zu Demonstrationstreiks gegen die Aussperrung aufzurufen. Erinnern wir uns: In 31 Städten Nordrhein-Westfalens war es damals zur Solidaritätsaktion gekommen; nicht weniger als 145.000 Arbeitnehmer hatten sich beteiligt. Die Arbeitgeber hatten damals versucht, per einstweiliger Verfügung die Solidarität der Arbeitnehmer zu verhindern. Allein in Hagen hatten die Arbeitgeber nachträglich Erfolg. Die IG-Metall hat überhaupt keine Veranlassung, klein beizugeben. Die Berufung gegen das Urteil der ersten Instanz ist bereits angekündigt. Der Rechtsweg wird selbstverständlich ausgeschöpft - das ist nachhaltig zu begrüßen.

Das Arbeitsgericht Hagen ist der Meinung, die Aussperrung sei ein unverzichtbares Arbeitskampfrecht der Arbeitgeber. Daß die Unternehmer dieser Meinung sind, verwundert nicht, denn es entspricht ihrer Interessenlage. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß jedoch festgestellt werden: Die Aussperrung widerspricht der Kampfparität, der Einsatz dieses Kampfinstrumentes führt gerade nicht zum Kräftegleichgewicht zwischen den Tarifparteien. Die Gewerkschaften sind immer und notwendigerweise in der Position des Angreifers, denn die Arbeitgeber haben selber kein Interesse an neuen Tarifabschlüssen. Das erklärte Ziel der Aussperrung ist, die Gewerkschaften zu schnellen und vergleichsweise billigen Abschlüssen zu zwingen. Es geht also letztlich um nichts anderes als die Plünderung der Gewerkschaftskassen. Das hat mit einem Kräftegleichgewicht erkennbar nichts zu tun.

Um dem Verbot der Aussperrung näherzukommen, kann zur Zeit nur über die Rechtsprechung - also langfristig - versucht werden. Das ist eine bittere Erkenntnis, bessere Lösungen sind jedoch nur theoretisch, aber nicht praktisch denkbar. Herbert Wehner hat auf dem Europa-Parteitag am 10. Dezember letzten Jahres in Köln zur Forderung nach einer Gesetzesinitiative zum Verbot der Aussperrung gesagt: "Ich möchte nicht, Genossinnen und Genossen, daß wir mit einem noch so berechtigten Wunsch im Programm die wirkliche Lage im Arbeitskampf sozusagen verdrängen zu können glauben. Ich bin ein Stück alter Arbeiterbewegung mit allen ihren Schwächen und Irrtümern, nur ich warne alle davor anzunehmen, der Ruf nach einem Gesetz ändere - in diesem Falle sage ich einmal das Wort - eine Klassenlage, die einen politischen Ausdruck in den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen gefunden hat." - Das ist deutlich genug! Die Sozialdemokraten können das Verbot der Aussperrung alleine nicht im Parlament durchsetzen und wir haben in dieser Frage keinen Verbündeten im Deutschen Bundestag. Die Aussperrung muß deshalb weiter mit allen politischen und rechtlichen Mitteln bekämpft werden - mit der Kraft der Solidarität. So kommen wir tatsächlich, wenn auch langsam, weiter. (-/6.9.1979/hi/ca)

+ + +



**Bankrotterklärung der CDU-Minderheitenpolitik****Schleswig-Holsteins CDU will das Wahlrecht gegen die Dänen richten****Von Kurt Hamer MdL****Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Kiel und  
Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Landtages**

Die nunmehr erklärte Absicht der schleswig-holsteinischen CDU, das Wahlrecht zu ändern, um auf eine Mandatszahl von 72 gegenüber jetzt 73 zu kommen, hat mehrere Aspekte, die grundsätzlich und über die Landesgrenzen hinaus erhebliche Bedeutung haben.

1. Die Pläne der CDU sind ein durchsichtiges Mittel zur Stabilisierung von bestehenden Machtverhältnissen in Schleswig-Holstein. Der Schock der Wahlnacht vom 29. auf den 30. April muß noch tief sitzen, wenn die CDU-Fraktion des schleswig-holsteinischen Landtages als erste politische Tat danach eine Manipulation am Wahlrecht mit der denkbar knappsten Mehrheit gegen alle übrigen Fraktionen durchsetzen will mit dem Ziel, diese Mehrheit zu erhalten.
2. Persönlich werte ich aber einen anderen Aspekt ernster: Diese geplante Änderung des Wahlrechts ist eindeutig gegen die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein gerichtet. Damit ist ein Stück Gemeinsamkeit in der Minderheitenpolitik hier und, wie ich glaube, auch in Dänemark herausgebrochen worden.

Diese Minderheitenpolitik in diesem Lande hatte mit zur Voraussetzung, daß die dänische Minderheit die faire Chance erhält, ein Mandat im Landtag zu erringen. Dies ist nicht ein Mandat der Minderheit, sondern ein Mandat im schleswig-holsteinischen Landtag. Der SSW-Abgeordnete ist folglich ein Abgeordneter ohne jede Einschränkung mit allen Rechten und Pflichten. Wenn CDU-Landesregierung und CDU-Fraktion jetzt der dänischen Minderheit diese faire Chance dadurch nehmen will, daß ihr Mandat stimmenmäßig "teurer" gemacht wird, so ist dies einfach die Bankrotterklärung der CDU-Minderheitenpolitik in diesem Lande.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß diese Pläne wenige Tage nach der - vielfach als historisches Datum gezeichneten - ersten gemeinsamen Sitzung beider Minderheiten-Kommissionen in Kopenhagen, an dem auch der CDU-Innenminister dieses Landes teilgenommen hat, und wenige Tage nach dem Besuch des Folketing-Präsidiums in Schleswig-Holstein veröffentlicht werden. Ich halte das politisch für geschmacklos.

Schließlich muß man fragen: Welch ein Selbstverständnis und welches Selbstbewußtsein muß eigentlich diese CDU-Fraktion und die von ihr getragene Landesregierung unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Stoltenberg haben, wenn sie jetzt kurz nach der Wahl mit Hilfe einer Wahlrechtsmanipulation die Mehrheit für die nächste Landtagswahl sichern will - auch Kosten der dänischen Minderheit und vielleicht auch auf Kosten der anderen Fraktionen des Landtages, die es allerdings leichter verkraften können.

Ein letzter Aspekt, eigentlich mehr am Rande, ist die Tatsache, daß die schleswig-holsteinische CDU gegen die politische Weisheit aller Parteien in anderen Bundesländern entscheidet. Im Saarland und in Nordrhein-Westfalen hat man sich für eine ungerade Mandatszahl entschieden, um aus den unseligen Erfahrungen des Saarlandes mit einwöchigen- und monatelangen, die Landespolitik lähmenden Patt die Lehren zu ziehen. Dieses Risiko geht die schleswig-holsteinische CDU jetzt bewußt ein. Die mögliche Lähmung der Landespolitik ist ihr gleichgültig. Ihr geht es nur um die eigene Macht.

(-/6.9.1979/vo-he/ca)

+ + +



Nach nüchterner Beratung  
-----

Zur Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit ein finanzpolitisches Konzept

Von Heinz Westphal MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Öffentliche Finanzwirtschaft  
der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Während sich CDU- und CSU-Politiker täglich neu dabei überschlagen, ein- und zweistellige Steuer-Milliarden schon für und ab 1980 an die verschiedensten Personengruppen zu verteilen (wenn sie es könnten), ohne auch nur einen einzigen konkreten Vorschlag für Einsparungen bei öffentlichen Ausgaben zu machen, hat sich die sozialdemokratische Bundestagsfraktion ohne Hektik und in nüchterner Beratung mit dem Bundesfinanzminister bei Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeit am Ende der Sommerpause auf ein finanzpolitisches Konzept geeinigt, das Haushalts- und Steuerpolitik in der gegebenen wirtschaftlichen Situation zusammenfaßt und vier Grundentscheidungen enthält:

1. Weil konjunkturpolitisch eine überhöhte Neuverschuldung schädlich wäre und weil die Zinslasten im öffentlichen Haushalt auf mittlere Sicht zurückgeführt werden müssen, wird der Haushalt des Bundes im Jahre 1980 eindeutig im Zeichen der Herabsetzung der Nettokreditaufnahme gegenüber den bisherigen Planungen stehen.
2. Die Korrektur der Lohn- und Einkommensbesteuerung zugunsten der steuerzahlenden Bürger wird für das Jahr 1981 in einer spürbaren Größenordnung erfolgen, also nicht hektisch in zu kleinen und zu schnellen Schritten nach der gerade am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Abschaffung des Tarifsprungs.
3. Es ist selbstverständlich, daß die Sozialdemokraten sofort und schnell handlungsbereit sein werden, wenn die - gegenwärtig positiven - Konjunkturdaten als Folge weltweiter Wirtschaftsentwicklungen für das nächste Jahr Gefahren für Arbeitsplätze anzeigen sollten. Zur Zeit spricht nichts für neuen konjunkturpolitischen Handlungsbedarf. Am Ende des Jahres wird dies neu zu prüfen sein. Als Mittel zur Bekämpfung von Konjunkturgefährdungen stehen sowohl auf der Aus-



gabenseite als auch auf der Einnahmeseite der öffentlichen Haushalte wirkende Maßnahmen zur Verfügung.

4. Die steuerpolitische Aufgabenstellung der Koalition für das letzte Jahr dieser Legislaturperiode ist gekennzeichnet durch
- a/ die Verwirklichung einer gerechteren Besteuerung innerhalb der landwirtschaftlichen Betriebe,
  - b/ die Einschränkung des Mißbrauchs von Abschreibungspraktiken im Einkommensteuerrecht durch Verhinderung des negativen Kapitalkontos,
  - c/ Steuerrechtsvereinfachungen, die für den Bürger und nicht nur für Verwaltungen spürbar sind, verbunden mit Verbesserungen im Bereich der Vereinsbesteuerung und beim Spendenabzug für kulturelle Zwecke,
  - d/ Erweiterung und Verlängerung von Abschreibungsvergünstigungen im Bereich des Umweltschutzes sowie
  - e/ steuerrechtliche Absicherung der Künstler-Sozialversicherung.

Schon der von der Bundesregierung in diesen Tagen vorgelegte Entwurf eines zweiten Nachtragshaushalts für 1979 spiegelt die Verwirklichung des ersten Teilschrittes dieses Gesamtkonzepts wieder: Durch ihn werden nicht nur 2,3 Milliarden DM zusätzlich zu erwartender Steuereinnahmen ganz zur Senkung des Nettokreditbedarfs dieses Jahres verwendet, sondern auch die Zuweisungen des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit um 1,5 Milliarden DM zurückgenommen. Dies ist nur möglich, weil die durch unsere Politik der vergangenen Jahre bewirkte positive Wirtschaftsentwicklung dazu geführt hat, daß bei erhöhten Beschäftigtenzahlen die Notwendigkeit von Lohnersatzleistungen für bisher Arbeitslose stark gemindert werden konnte. (-/6.9.1979/ks/ca)

+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

